

München, 18. Juni 2019

Erfolgreiche Umsetzung von Inklusion im schulischen Bereich:

Ein verbessertes Qualitätsmanagement bezogen auf die Deutsche Gebärdensprache und starke Netzwerkarbeit im schulischen Bereich sind die Kernforderungen der Fachtagung „Inklusive Bildung durch Gebärdensprache“.

Im Rahmen der dreitägigen Fachtagung „Inklusive Bildung durch Gebärdensprache“, einer Veranstaltung des Gehörlosenverbands München und Umland (GMU) e.V., kamen am Wochenende vom 17. - 19. Mai 2019 Fachreferent*innen, Elternverbände, Dozent*innen, Schulleiter*innen, Pädagog*innen und Gebärdensprachdolmetscher*innen zusammen, um gemeinsam die Hauptprobleme von Inklusion an Förderschulen und allgemeinen Schulen zu diskutieren und Lösungsansätze zu entwickeln.

Die Veranstaltung wurde eröffnet vom Vorstand des GMU e.V., Herrn Sipahi und Frau Hollweck, den Organisator*innen der Fachtagung.

Frau Hollweck begrüßte die anwesenden Politiker, Expert*innen und Gäste. Sie freute sich über die rege Teilnahme an der Fachtagung zu diesem wichtigen Thema. Der Begriff Inklusion tauche ständig in Presse, Medien und Politik auf und man sei verantwortlich für die junge gehörlose Generation. Die Regierung unterstütze die inklusive Bildung durch Gebärdensprache von der Geburt bis zum Beruf über den Förder- oder Inklusionsweg, aber es lägen viele Steine im Weg. Bürokratie, BaySchO und schwierige Konzepte stellten Barrieren für den Bildungsweg dar. Daher wolle man diskutieren, auswerten und zusammenhelfen, diese Steine wegzuräumen, um gehörlosen Kindern in Zukunft denselben Weg zu ermöglichen wie hörenden Kindern. Ob das zu schaffen sei? Mit dieser Frage übergab Frau Hollweck an Herrn Sipahi.

Herr Sipahi knüpfte nach Begrüßung aller Anwesenden an die Aussage seiner Vorrednerin an. Auch er wolle dazu beitragen, den Weg frei zu machen. Viele Fachleute und Expert*innen bildeten eine Runde, in deren Mitte sich auch Regierungsmitglieder und zuständige Entscheidungsträger für Inklusionsschulen für gehörlose Kinder befänden. Die gehörlosen Kinder selbst mit ihren Eltern stünden allerdings am Rand. Daher müssten Eltern immer darum kämpfen, dass ihre gehörlosen Kinder an Inklusionsschulen Gebärdensprach-Kommunikation bekommen können. Würden die beiden Gruppen Platz tauschen, die gehörlosen Kinder und ihre Eltern in der Mitte und die Regierungsmitglieder und zuständigen Entscheidungsträger außen herum, liefere die Inklusion für alle besser und einfacher. Daher müsse jeder mehr Bewusstsein für Inklusion entwickeln, man bräuchte mehr Fachtagungen zum Thema inklusive Bildung.

Frau von Pappenheim, Geschäftsführerin des GMU e.V. begrüßte namhafte Persönlichkeiten wie den Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales, Herrn Höhenberger und Herrn Gößl vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, der Herrn Staatsminister Prof. Dr. Piazzolo vertrat.

Sie bedankte sich bei Frau Prof. Dr. Benner und Frau Prof. Fries von der Hochschule Landshut sowie bei Frau Oehme-Mattheis vom Berufsfachverband der GebärdensprachdolmetscherInnen Bayern e.V. für die Kooperation und die tolle Zusammenarbeit.

Herr Höhenberger richtete ein Grußwort an die Teilnehmer*innen der Fachtagung. Ihm, wie auch dem Sozialministerium, sei es ein persönliches Anliegen, die Intention dieser Fachtagung, die Gebärdensprache im Sinne der Inklusion, zu fördern. Herr Höhenberger betonte in seinem Grußwort, das wichtigste Mittel der Kommunikation und Bildungsvermittlung für gehörlose Menschen sei die Deutsche Gebärdensprache. Das Sozialministerium arbeite seit vielen Jahren daran, die Rahmenbedingungen rund um die Gebärdensprache zu verbessern, außerdem werde es mit allen Akteur*innen zusammen eine neue Zukunftsstrategie für eine bessere Teilhabe von Menschen mit Hörbehinderung erarbeiten.

Für das Staatsministerium für Unterricht und Kultus, das mit Herrn Minister Prof. Dr. Piazzolo die Schirmherrschaft übernommen hat, sprach Herr Gößl ein Grußwort und berichtete über die aktuelle Situation der Förderzentren und der schulischen Inklusion.

Herr Dr. Wirth betonte als erster Referent in seinem Vortrag die Wichtigkeit, neuroplastische Sprachfenster für die Sprachbildung zu nutzen. Für eine erfolgreiche Sprachentwicklung müsse die Kommunikation vom frühestmöglichen Zeitpunkt an gesichert sein. Deshalb sollten Kinder mit Hörbehinderung schon in den ersten sechs Lebensmonaten auch die Gebärdensprache erlernen. Andernfalls werde die sprachliche und psychische Entwicklung gefährdet. Gelingende Kommunikation und das Erlernen einer Sprache seien Voraussetzungen dafür, dass sich ein Kind in andere Personen hineinversetzen könne und direkte Kommunikation erlerne, was bei gehörlosen Kindern weniger beiläufig geschehe als bei Kindern ohne Hörbehinderung.

Herr Prof. Dr. Rathmann verlieh der Notwendigkeit Nachdruck, die Berufsgruppen im Bereich frühkindlicher Sprachförderung und in inklusiven Schulsettings zu professionalisieren und nahm dabei Bezug auf das Positionspapier der Dt. Gesellschaft der Hörgeschädigten: Qualitätsstandards für spezifische Frühförderung (2016). In der Lehre der Deutschen Gebärdensprache (DGS) herrsche ein Fachkräftemangel, es fehlten vor allem gehörlose Fachkräfte in diesem Bereich. Als Muttersprachler*innen spielten sie unter anderem eine sehr wichtige Rolle für den Erwerb der DGS- und Deutschkompetenzen gehörloser Kleinkinder und Schüler*innen in bilingualen und bimodalen Settings.

Prof. Dr. Rathmann wies darauf hin, dass der Gemeinsame Europäische Referenzrahmen für Gebärdensprachen (GERS) im Jahr 2016 vom Europäischen Fremdsprachenzentrum des Europäischen Rates veröffentlicht wurde. Es gibt den GER für Lautsprachen schon seit 2001. Zurzeit wird der GERS beim Europäischen Rat in Straßburg überarbeitet bzw. erweitert, wobei Gebärdensprachen und Lautsprachen gemeinsam berücksichtigt werden. Auf diese Weise ergibt sich die Möglichkeit, die Sprachkompetenzen in den Bereichen „Rezeption“, „Produktion“, „Interaktion“ und „Mediation“ modalitätsneutral zu beschreiben.

Damit sind die notwendigen Voraussetzungen dafür gegeben, dass die DGS sowohl als Fremdsprache im Schulunterricht eingeführt, als auch zur „mündlichen“ Leistungserhebung in allen Wahl- und Pflichtfächern in Form eines Nachteilsausgleichs herangezogen bzw. zugelassen werden könnte.

Frau Prof. Dr. Becker referierte über bilinguale (zweisprachige) Bildung mit Laut- und Gebärdensprache und setzte dabei auf die Implementierung von inklusiven Schwerpunktschulen, in denen Gruppen von schwerhörigen und gehörlosen Schüler*innen gemeinsam mit hörenden Schüler*innen unterrichtet werden. Dabei hält sie interdisziplinäre Zusammenarbeit für notwendig. Sie ist der Meinung, dass der Einsatz von Dolmetscher*innen in der Schule zwar wichtig sei, aber allein nicht ausreicht. Ein Team bestehend aus einer Regelschul- und einer Sonderschullehrkraft, die den Unterricht in beiden Sprachen gestalten und auch die Besonderheiten beim Lernen beider Gruppen berücksichtigen, hält sie für besonders erfolgsversprechend.

Aus der Praxis erzählten Inklusionsteams aus Berlin, Ulm und München von ihren Erfahrungen in Inklusionsschulen mit Schulleiter*innen, Lehrer*innen, Dolmetscher*innen und Kindern.

Der Freitagabend endete mit einer Fishbowl-Diskussion darüber, ob eine Reform der bisherigen Gehörlosen-/ Schwerhörigenpädagogik notwendig ist. Es war sehr spannend für alle, die Diskussion mittels Einsatzes von hörenden sowie tauben Gebärdensprachdolmetscher*innen mitverfolgen und sich aktiv daran beteiligen zu können.

Am Samstag, den 18. Mai 2019 wurde die Fachtagung mit einem Vortrag von Frau Prof. Dr. Hänel-Faulhaber weitergeführt. In ihrem Beitrag bestätigte sie, dass Bilingualität (Zweisprachigkeit) und Bimodalität (Sprachen in unterschiedlichen Modalitäten) einen Gewinn für alle darstellten und aus wissenschaftlicher Sicht die Konsequenz nahelege, DGS als Sprachfach in den Fächerkanon der Unterrichtsfächer aufzunehmen.

Anhand der Präsentation von wissenschaftlichen Untersuchungen konnten die Referent*innen belegen, dass Bilingualität nicht nur förderlich für die erfolgreiche Bildung und den Spracherwerb der deutschen Schriftsprache, bei schwerhörigen und Cochlea implantierten Kindern auch der deutschen Lautsprache ist, sondern in vielen Fällen sogar eine unabdingbare Voraussetzung hierfür darstellt.

In einem Videointerview, das von Herrn Sipahi geführt wurde, berichteten Herr Spillner und Herr Schneider, Elternteile aus Amerika, die zuvor in Bayern gelebt hatten, über die Bildungssituation für gehörlose Kinder an amerikanischen Schulen. In Amerika wird American Sign Language (ASL) in allgemeinen Schulen als zweite Fremdsprache nach Spanisch angeboten, sodass auch Menschen ohne Hörbehinderung die Möglichkeit offensteht, diese Sprache zu erlernen.

In Inklusionsschulen gibt es ein sogenanntes „Deaf Program“, das für diese Schulen unter anderem Informationen über Gebärdensprache, Gehörlosenkultur und Adressen sowie Empfehlungen für die Umsetzung in Schulen bietet. Auch ist es dort selbstverständlich, dass die Schulen für die Bewilligung der entsprechenden Leistungen Sorge tragen, sodass die Eltern diese nicht selbst erstreiten müssen.



Im Gegensatz dazu zeigte die Elternvereinigung (Vereinigung der Eltern hörbehinderter Kinder in Bayern e.V.) in ihrem Beitrag aktuelle Beispiele zu Diskriminierungserfahrungen an deutschen Schulen und verdeutlichte, wie mühsam Eltern und Kinder darum kämpfen müssen, Leistungen zu erhalten.

In einigen Fällen führten nicht oder spät bewilligte Leistungen sowie das Abraten von einer bilingualen Erziehung bzw. Förderung durch Beratungsstellen, die überwiegend auf den medizinischen Aspekt fokussiert sind, vermutlich zu Entwicklungsverzögerungen bei den Kindern und einer erheblichen psychischen und sozialen Belastungssituation der betroffenen Familien.

Ulrich Möbius, Schulleiter der Ernst-Adolf-Eschke-Schule in Berlin, plädierte für eine Frühförderung noch vor dem Schuleintritt. Zu deren Realisierung fehlten jedoch allein in Berlin 800 bis 1000 Stunden Frühförderung pro Woche. Wichtig sei ihm auch das interdisziplinäre Arbeiten.

Am Samstagnachmittag wurden in neun interaktiven Workshops verschiedene Themen diskutiert, mit dem Ziel, die Kernprobleme bei der Inklusion in der Bildung herauszuarbeiten und Forderungen zu entwickeln, die am Sonntag dem Publikum präsentiert werden sollten. Diese Forderungen sollen an verschiedene öffentliche Stellen weitergegeben werden.

Abschließend wurden am Samstagabend die Auswertung und Eindrücke von Freitag und Samstag in einer Podiumsdiskussion besprochen, die von Frau Prof. Dr. Benner und Frau Prof. Fries moderiert wurde.

Die Diskussionsrunde setzte sich aus Vertreter*innen der verschiedenen Interessensgruppen zusammen, als besondere Gäste wurden Prof. Dr. Dannenbeck, Professor für Soziologie und Inklusionsforscher an der Hochschule Landshut und Herr Vogel, Präsident des Deutschen Gehörlosen-Bund e.V., willkommen geheißen.

Die Forderungen beinhalten die Einführung der Deutschen Gebärdensprache (DGS) als Pflichtfach an allgemeinen Schulen und in Kitas, die Anerkennung der DGS als Muttersprache bzw. zweite Fremdsprache (mit Englisch als erster Fremdsprache) und die Bereitstellung der notwendigen technischen Ausstattung sowie bilingualer Unterrichtsmaterialien.

An Förderschulen soll gleichwertiger Unterricht in Deutsch und DGS stattfinden, als sogenannter Tandemunterricht. Die DGS soll flächendeckend als Unterrichtsfach eingeführt und im Lehrplan verankert werden. Durch Begleitforschung soll eine Qualitätssicherung erfolgen.

Für beide Schultypen wird eine Zusatzqualifikation im pädagogischen Bereich für Gebärdensprachdolmetscher*innen und eine Zusatzausbildung bzw. Vollzeitausbildung für Gebärdensprachdozent*innen (etwa in Form eines Studiums) gefordert. Bzgl. der Dolmetschsituation sollten Ausbildungsstätten für Gebärdensprachdolmetscher (GSD) und Förderzentren (mit Schwerpunkt Hören) dabei besser vernetzt werden. Dem Kultusministerium könnte hier die Aufgabe einer entsprechenden Rollenverteilung zukommen.

Inhalte aus dem Bereich Gehörlosen- und Schwerhörigenpädagogik werden als Studiengang an der Humboldt-Universität Berlin, der Universität Hamburg, der Universität Köln und der

Pädagogischen Hochschule Heidelberg angeboten. Anstatt, wie in der Vergangenheit, auf Artikulationstraining, richtet sich dabei heute der Fokus auf die Wissensvermittlung. American Sign Language (ASL) und Englisch könnten als Zusatzmodule im GSD-Studium bzw. als Fortbildungskurs für GSD angeboten werden. Bei einem entsprechenden Studium an der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität ist die Deutsche Gebärdensprache kein Pflichtfach, angehende Lehrer*innen erlernen sie auf freiwilliger Basis.

Sämtliche Schultypen sollten bei der Einschreibung von gehörlosen oder schwerhörigen Schüler*innen nach amerikanischem Vorbild auf ein „Gehörlosenprogramm bzw. Deaf Program“ zurückgreifen können, ein umfassendes Informationspaket zum Thema Gehörlosigkeit, das alle relevanten Themen behandelt und konkrete Anleitungen für eine gelungene Inklusion bieten soll. Dabei soll es neben dem Angebot für DGS-Kurse für Eltern, Lehrer*innen und Schüler*innen auch Informationsmaterial zur Gehörlosenkultur geben. Ein Informationskatalog könnte wichtige Adressen und Treffpunkte für den Austausch enthalten, Lehrer*innen würde eine Liste mit Gebärdensprachdolmetscher*innen an die Hand gegeben. Außerdem wird eine Neuformulierung in den Schulgesetzen der jeweiligen Bundesländer gefordert, mit dem Inhalt, dass der mündliche Leistungsnachweis in Lautsprache oder Gebärdensprache erbracht werden kann. Gleichzeitig müsste die Gleichwertigkeit von DGS in Bezug auf die Leistungsanforderungen in den Lehrplan aufgenommen werden.

Ein ressortübergreifendes Kompetenzzentrum für Gebärdensprache könnte eine umfassende Beratung ermöglichen sowie ein Qualitätsmanagement im schulischen Bereich entwickeln und anbieten.

Zum ersten Mal in Bayern wurde bei dieser Fachtagung ein konkreter Forderungskatalog für die bayerische Schulpolitik ausgearbeitet. Dieser wird noch um Handlungsempfehlungen ergänzt werden und dann an die Politik herangetragen. Verbände, Institute sowie Fachexperten aus Bayern unterstützen dieses Vorhaben stark.

Angesichts der laufenden Auswertungen sowie Forderungen sind ein verbessertes Qualitätsmanagement und starke Netzwerkarbeit im schulischen Bereich erforderlich, für deren Umsetzung ein ressortübergreifendes Kompetenzzentrum für Gebärdensprache zu empfehlen ist.

Pressekontakt:

Gehörlosenverband München und Umland e.V.

Cornelia von Pappenheim

Lohengrinstr. 11

81925 München

www.gmu.de

Tel: 089 / 99 26 98-0

Fax: 089 / 99 26 98 – 895

Email: office@gmu.de